

HAUCHDÜNNE ENTSCHEIDUNG

Publiziert 2. Februar 2024, 11:05

Berner Stadtrat schiebt kommerzieller Werbung den Riegel vor

Mit 30 zu 29 Stimmen hat das Parlament einen Vorstoss angenommen, der ein Verbot kommerzieller Werbung im Aussenraum fordert. Nun muss der Gemeinderat eine entsprechende Vorlage ausarbeiten.

von
Simon Ulrich

301



23



62



Soll schon bald verschwinden: Aussenwerbung in der Stadt Bern.

Adrian Moser/Tamedia AG

Darum gehts

- Der Berner Stadtrat hat einem Vorstoss zugestimmt, der ein Verbot kommerzieller Werbung im Aussenraum fordert.
- Mit 30 zu 29 Stimmen fiel das Abstimmungsresultat denkbar knapp aus.
- Nun muss der Gemeinderat eine entsprechende Vorlage ausarbeiten.

Das Abstimmungsresultat hätte knapper nicht ausfallen können: Mit 30 zu 29 Stimmen hat der Berner Stadtrat am Donnerstagabend einen Vorstoss angenommen, der ein vollständiges Verbot von kommerzieller Werbung im Aussenraum fordert – und zwar nicht nur auf öffentlichem, sondern auch auf privatem Grund. Dies berichtet die [«Berner Zeitung»](#) unter Berufung auf die Nachrichtenagentur Keystone-SDA.

Die Motion stammt [aus den Reihen der Alternativen Linken](#) sowie von GB, PdA, Juso und GaP. Werbung laufe dem Ziel der Stadt Bern, klimaneutral zu werden, diametral entgegen, argumentieren die Befürworter. Sie führe zu Konsum und somit zu Energieverbrauch.

Verbot kommerzieller Werbung im Aussenraum – was hältst du davon?

 Finde ich eine gute Idee. Das geht eindeutig zu weit. Weiss nicht.

2321 Abstimmungen

Der Stadt entgingen durch ein Verbot zwar jährlich fünf Millionen Franken an Konzessionen, räumte Anna Jegher von der GB/JA-Fraktion ein. Dafür verkaufe man den wertvollen Aussenraum aber nicht länger an Werbefirmen und [Grosskonzerne](#). Raffael Joggi (AL/PdA) hielt zudem fest, dass die Motion nur Fremdreklame verbannen wolle; Eigenwerbung lokaler Geschäfte an ihrem Standort sei weiterhin bewilligungsfähig.

«Schritt Richtung Steinzeit-Kommunismus»

Das Mitte-Rechts-Lager sprach sich dezidiert gegen die Motion aus. Sie verstosse gegen übergeordnetes Recht und die Wirtschaftsfreiheit. Nik Eugster (FDP/JF) warnte davor, dass Werber und Plakatierer ihren Job verlieren und Firmen mit ihrer Reklame einfach zu Google und Meta abwandern würden. Alexander Feuz (SVP) betitelte den Vorstoss als «Schritt Richtung Steinzeit-Kommunismus».

Nach dessen Annahme muss der Gemeinderat nun einen entsprechenden Gesetzestext ausarbeiten.